

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/184

Bonn, den 27. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>FAZIT - ECHO</u> Nach der Bundestagsdebatte	40
2	<u>Oft unzumutbare Belästigung</u> Zur Fluglärmdebatte des Europarates in Straßburg Von Dr. Horst Schmidt, MdB, Offenbach	49
3	<u>Zum erstenmal: Vierjähriger "Sportförderungsplan"</u> Parlament erwartet Olympiazwischenbericht von Innenminister Benda	52
4 - 5	<u>Mutige Finanzpolitik der Regierung Kühn</u> In Übereinstimmung mit Bonn	65
5 a	<u>"Mann der ersten Stunde"</u> Otto Benneke zum 65. Geburtstag	42
6	<u>Werner Schumann - 70 Jahre</u> Lyriker, Erzähler, Essayist und Journalist Von Peter Raunau	39

* * *

*

F A Z I T

Nach der Bundestagsdebatte

sp - In ihrem Kern hat die Bundestagsdebatte am Donnerstag dieser Woche mit Zustimmung aller im Bundestag vertretenen Parteien und in Übereinstimmung mit der Regierung ergeben, daß die deutsche Politik nach wie vor bemüht bleibt, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um zu einer Friedensordnung in Europa zu gelangen. Die nach dem Einmarsch der Warschauer Pakttruppen in die CSSR entstandene militärische Situation in Europa wird mit dem Appell und der Versicherung erhöhter Wachsamkeit unterstrichen. Bemerkenswert ist hierbei, daß zu rein militärischen Verteidigungsproblemen verhältnismässig wenig ausgeführt wurde; wohl deswegen, weil die Verteidigung Westeuropas Aufgabe aller NATO-Partner ist und nicht allein der Bundesrepublik obliegt. Im Gegensatz zu der Situation nach dem Aufstand in Ungarn scheint sich jetzt also die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, daß die Sicherheit in Europa nicht nur von militärischen Maßnahmen abhängt. Fritz Erlers Wort von der Sicherheitspolitik, die eine Medaille mit zwei Seiten ist, - einer militärischen und einer politischen - dürfte damit wohl Allgemeingut der deutschen Politik geworden sein. Dies zu wissen ist deshalb wichtig, weil hier die Ansätze zur Überwindung der Stagnation im Ost-West-Verhältnis zu suchen sind.

+ + +

Z O H O

sp - Das war zu erwarten. Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers und die Bundestagsdebatte haben in Moskau und Ostberlin - auch Warschau zieht mit - wieder Unwillen ausgelöst, der sich bis zu Hysterie steigert. Man unterstellt der Bundesregierung böse Absichten, sie betreibe "Evanchistenhetze", bedrohe den Frieden und die europäische Sicherheit, verschärfe die Außen- und Militärpolitik und strebe die Hegemonie "des westdeutschen Imperialismus" über Europa an. Sich sachlich mit diesen Wahnsinnsbeschuldigungen auseinanderzusetzen ist sinnlos und zeitverschwendend. Was muß in den Köpfen dieser Propagandisten vorgehen, glauben sie wirklich an das, was sie ihren eigenen Völkern und der Welt vorsetzen? Die Hetze gegen die Bundesrepublik, die eigene Schuld verdeckenden Verächtigungen haben aber auch etwas Gutes. Je toller und phantasiereicher diese Propagandisten ihr trauriges Geschäft betreiben, um so unglaubwürdiger werden sie auch und gerade bei den außerhalb des Ostblocks tätigen kommunistischen Partei.

Nun hat sich in Frankfurt eine deutsche kommunistische Partei konstituiert. Sie will das Grundgesetz achten und ihre Tätigkeit im Rahmen der bestehenden Gesetze ausüben. Doch diese Geburt ist mit einem schweren Makel behaftet. Die Parteigründer bejahen die Vergewaltigung der Tschechoslowakei. Sie hätten sich, so hieß es, durch persönliche Informationen von der Rechtmäßigkeit der Invasion überzeugt. Dies allein stempelt sie zu willigen Handlangern des Sowjetimperialismus ab und damit stehen sie moralisch außerhalb unseres Volkes. Es wird gut sein, ihnen auf die Finger zu schauen.

+ + +

Oft unzumutbare Belästigung

Zur Fluglärmdebatte des Europarates in Straßburg

Von Dr. Horst Schmidt, MdB, Offenbach

Wenn alle Vorschläge, die in einem ausgezeichneten Bericht des schwedischen Abgeordneten Wiklund über die Fluglärmsituation zusammengefaßt und vom Europarat in Straßburg beraten wurden, verwirklicht wären, könnten viele Hunderttausende von Menschen in der Umgebung von Flughäfen endlich einmal aufatmen, ihre Freizeit in Ruhe genießen und nachts ungestört schlafen. Mir scheint jedoch, daß wir davon noch weit entfernt sind. Der Bericht nennt zwar alle heute schon möglichen Maßnahmen in der Fluglärmbekämpfung, das heißt aber noch lange nicht, daß diese auch alle und überall praktiziert werden. Wir können zwar bei einigen Großflughäfen einzelne Fortschritte feststellen - nirgendwo ist aber bisher das ganze Spektrum aller heutigen Möglichkeiten in Aktion.

Deshalb muß die Entschließung des Europarates ein Wegweiser für die Zukunft sein. Es gilt jetzt, an allen Flughäfen alle vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen: Angefangen vom Lärmschutz am Boden über lärmwindernde An- und Abflugverfahren und deren Kontrolle bis zu Schallschutzmaßnahmen in der Umgebung und zu einer sinnvollen Raumordnung.

Solange die gerade erst begonnenen Forschungen zur Herstellung leiserer Flugmotoren noch nicht erfolgreich abgeschlossen sind, müssen die vorhandenen anderen Möglichkeiten konsequent genutzt, in den einzelnen Ländern auf eine gesetzliche Basis gestellt und zwischen den einzelnen Ländern sinnvoll koordiniert werden. Gewiß, in einzelnen Ländern und an manchem Flughafen wird schon einiges getan. So bereiten wir in der Bundesrepublik ein Fluglärngesetz vor und so führt beispielsweise der Großflughafen Frankfurt eine Reihe Lärmschutzmaßnahmen mit einem Kostenaufwand von 1,5 Millionen DM freiwillig durch. Aber das alles reicht leider nicht aus.

Es muß gelingen, den Widerspruch, den wir heute in so vielen Bereichen von Politik und Gesellschaft finden, aufzulösen: Den Widerspruch zwischen einer rasanten Entwicklung des Luftverkehrs und einem nachrückenden Lärmschutz für die Bewohner um die Flughäfen. Ich habe bei meinen vielfältigen Bemühungen leider immer wieder die Feststellung treffen müssen, daß gerade von den Trägern des Verkehrs nicht immer die Erkenntnis und die entsprechende Aufgeschlossenheit mitgebracht wird, diesen Widerspruch zu beseitigen. Hier wird noch viel Aufklärung notwendig sein.

Niemand von uns will den Fortschritt hemmen. Wir alle wissen um die Notwendigkeit und Bedeutung des Flugverkehrs für Wirtschaft und Gesellschaft. Genau so gewichtig aber muß der Schutz der Gesundheit derjenigen sein, die im Bereich der Flughäfen wohnen müssen. Wer einmal längere Zeit unter einer Einflugschneise in Flughafennähe war, wird mir beipflichten, daß diese Menschen oft über die Grenzen des Zumutbaren belästigt werden. Durch die Entschließung des Europarates sollen die Forschungen über die Grenze des zumutbaren Lärms intensiviert werden. Hier können wir möglicherweise zu einem objektiv faßbaren Wert kommen, nach dem die ganze Lärmbekämpfung ausgerichtet werden kann.

Gerade weil die gesamte Problematik so schwierig ist und wir noch sehr am Anfang der Lärmbekämpfung stehen, haben wir alles zu unternehmen, um in der Fluglärmfrage entscheidende Schritte weiterzukommen - geht es doch um die Gesunderhaltung von Hunderttausenden, ja sogar Millionen unserer Mitmenschen.

Zum erstenmal: Vierjähriger "Sportförderungsplan"

Parlament erwartet Olympiazwischenbericht von Innenminister Benda

E.D.Sch. - Zum erstenmal in der Sportgeschichte der Bundesrepublik, legte die Bundesregierung jetzt ein vierjähriges "Sportfinanzierungsprogramm" im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahre 1972 vor, dem Jahr der Olympischen Spiele in der bayrischen Hauptstadt München. Insgesamt 188 Millionen Mark enthält das "Sportförderungsprogramm" der Bundesregierung für den Zeitraum von 1969 bis 1972, das auf maßgebliche Initiative der Sozialdemokraten zustande kam. Bestimmt sind diese Mittel als Bundesanteil zum Bau der Sportanlagen für die Olympischen Spiele 1972 in München und die Spitzenfinanzierung von Turn- und Sportstätten im gesamten Bereich der Bundesrepublik.

Vergleicht man die Ansätze der Sportförderung der letzten Jahre, so sind "Konzentrierungen" im finanziellen Bereich unverkennbar. Enthalten in den mittelfristigen Haushaltsansätzen sind auch die Sportförderungsmittel für die Arbeit der bundesdeutschen Sportverbände, die Beteiligung an der Bezahlung der Bundestrainer und Sondermaßnahmen im nationalen und internationalen Bereich. Während in den Haushaltsjahren 1966 (46,18 Millionen), 1967 (54 Millionen) und 1968 (64 Millionen) im Etat des Innenministeriums als "Finanzspritze" für den Sport zur Verfügung standen, ist durch die "Olympiakosten" bedingt, mit einer Kürzung der Mittel für die Förderung des Sports im weiteren Bereich auf Bundesebene zu rechnen.

Nach dem Motto "Wer zahlt, muß auch mitbestimmen" wird der Bund im Konzert mit den Bundesländern und dem Sport zu einer echten partnerschaftlichen Stellung gelangen müssen. Ausgehend von der grundsätzlichen "Sportzuständigkeit" der Länder, ist zu erwarten, daß sich die Bundesregierung künftig bei der Förderung des Sportstättenbaues im wesentlichen auf die überregionalen und Leistungszentren konzentrieren wird. Zu einem harten Ringen kommt es mit Sicherheit in den Fachausschüssen des Bundestages über die "Finanzierungsfrage" der Olympischen Spiele 1972 in München und Kiel, für die der Bund erstmals im vergangenen Jahr eine Rücklage von fünf Millionen und im laufenden Rechnungsjahr von 15 Millionen veranschlagte. Aufschluß über den Stand der "Planung und Finanzierung" für Olympia 1972 erwartet der Bundestag von dem "Olympiazwischenbericht", den Bundesinnenminister Ernst Benda in Kürze dem Plenum vortragen wird.

Lebhafte Diskussionen hat in parlamentarischen Kreisen der Bundeshauptstadt der "bayrische Wunsch" ausgelöst, der Bund solle sich mit 50 v.H. an den Gesamtkosten der "Olympiarechnung" beteiligen, nachdem ursprünglich eine anteilmäßige Teilung der Kosten zwischen dem Bund, den Ländern Bayern bzw. Schleswig Holstein sowie der Olympiastadt München vorgesehen war. Starke Beachtung wird in letzter Zeit auch dem Vorschlag der SPD Abgeordneten Dr. Adolf Müller-Emmert (Kaiserslautern) und Dr. Günther Müller (München) beigemessen, einen Sonderarbeitskreis "Olympia" innerhalb des Innenausschusses zu konstituieren, der sich intensiv mit dem Problemkreis der Olympischen Spiele 1972 befaßt, denn die Frage nach der parlamentarischen und politischen Rechtfertigung einer Maßnahme, die mit Sicherheit mehr als eine Milliarde Mark kosten wird, bereitet schon jetzt den Parlamentariern Kopfzerbrechen. Ein Trostpflaster hält der Bundesfinanzminister bereit, der mit einem Münzgewinn aus dem Verkauf der Olympiasondermünze von rund 70 Millionen Mark rechnet. Abhängig sind die "Sportfinanzierungsvorstellungen" der Bundesregierung jedoch noch von der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates.

Mutige Finanzpolitik der Regierung Kühn

In Übereinstimmung mit Bonn

kr. - In manchen Bundesländern fordern CDU-Vertreter immer wieder Länderregierungen, die sich um eine den Gegebenheiten angepasste Haushaltspolitik bemühten, auf, mehr Mut zur Verschuldung zu haben. Die CDU-Opposition in Düsseldorf kam auf die umgekehrte finanzpolitische Masche: Bei dem vor kurzem unterbreiteten Haushaltsentwurf der SPD/FDP-Koalition unterstellte sie besonders NRW-Finanzminister Wertz (SPD) inflationistische Tendenzen. Dr. Wilhelm Lenz, CDU-Oppositionschef, interpretierte die klar konzipierte Finanzpolitik des Landes für 1969 als einen "weiteren Haushalt des leichten Geldes."

Wäre das wirklich so, würde das auch für die Haushaltspolitik des Bundes gelten. Denn der Rekord-Haushalt 1969 des Landes Nordrhein-Westfalen mit einem Volumen von ca. 16,37 Milliarden DM ist nicht nur klar detailliert den Erfordernissen angepasst, sondern wird sich auch in dem von der Bundesregierung durch die mittelfristige Finanzplanung vorgezeichneten Zyklus und Antizyklus abwickeln.

Der Kreislauf der öffentlichen Haushalte

Bei einer Steigerung des Volumens um immerhin 7,5 vH. gegenüber 1968 verhält sich, so Minister Wertz, das Land konjunkturneutral und hält "die eigenen Verbrauchsausgaben in Grenzen". Das ist die einleuchtende Konsequenz auf den zwangsläufigen Anstieg des Personalaufwands, aber auch das finanzpolitische Resümee, um die wichtigsten Investitionen zu gewährleisten.

Der antizyklische Kreislauf des Geldes in den öffentlichen Haushalten wird vor allem durch Aufstockung der für die Gemeinden vorgesehenen Milliardenbeträge gewährleistet. Ihr Anteil an den Steuern soll von 25 auf 27 Prozent gesteigert werden. Für kommunale Investitionen soll ferner ein Milliardenkredit bei fünf Prozent Zinsen und 20-jähriger Laufzeit aufgelegt werden. Aus eigenen Rücklagen will das Land zinslos 250 Millionen DM hierfür freimachen, während die Landesbanken den Kredit auf die Milliardenhöhe bringen. Das Ziel: Pro Kopf sollen die Gemeinden eine Art von Grundausstattung in Höhe von 40 DM erhalten. Ist das

Land im Zusammenhang hiermit und überhaupt im Zuge seiner strukturfördernden Maßnahmen (4,122 Milliarden DM, das sind 393 Millionen DM mehr als 1968) um die Komplettierung der Infrastruktur bemüht, rangiert in der Entwurf fraglos das Notwendigste vor dem Wünschenswertesten. Der Entwurf beinhaltet in der Praxis einen Dringlichkeitskatalog und rechnet auf diesem Wege auch mit der antizyklischen Ergänzung der von der Regierung schwerpunktartig gesetzten Zielvorstellungen durch die Gemeinden. Hervorstechend hierbei der Schulbau (300 Millionen DM) und Maßnahmen im Bereich des Verkehrs (933,8 Millionen DM), des Städtebaus (10,5 Millionen mehr, insgesamt 140 Millionen DM). Das von Ministerpräsident Kühn erarbeitete Konzept, strukturgefährdete Gebiete für neue Industrieansiedlungen (hier auch im Rahmen des Entwicklungsprogramms Ruhr) so attraktiv wie nur möglich zu gestalten, wird klar verfolgt. Auf diesem Wege leistet das Land auch einen weiteren Beitrag zur Förderung von Stabilität und Wachstum der Wirtschaft, die durch weitere Investitionen angekurbelt und saniert wird. Die Regierung vergißt dabei keinesfalls andere Gebiete und andere Aufgaben der öffentlichen Hand wie z.B. auch im Sozialbereich. Das vierjährige Wohnungsbauprogramm mit 200.000 Wohnungen wird ungehindert fortgeführt, womit Nordrhein-Westfalen andere Bundesländer zugleich ermutigt, wohnungsbaupolitisch keine Einschränkungen zu machen.

Das Land braucht weitere Hilfe

Mit einem gegenwärtigen Schuldenstand von 2,057 Milliarden DM kommen auf den Kopf jedes nordrhein-westfälischen Bürgers 22 DM gegenüber 357 DM im Durchschnitt aller Bundesländer. 1969 muß zwar eine Deckungslücke von 966 Millionen DM durch Anleihen oder Darlehen geschlossen werden, doch ist die Kreditpolitik einwandfrei mit Bonn abgesprochen oder konzipiert. Sie hat mithin nichts mit einer Haushaltspolitik des "leichten Geldes" zu tun.

Die NRW-Regierung Kühn praktiziert eine mutige, ja auch in der haushaltstechnischen Abwicklung fortschrittliche Finanzpolitik, die keine Störung von innen und außen erfahren darf. Den Gemeinden ist es nunmehr aufgegeben, mit der Landesregierung an einem Strick zu ziehen und die gemeinsam entwickelten Ziele der Investitionspolitik zügig zu realisieren. Dieses Gebot zu respektieren bedeutet, den finanzpolitischen Effekt des Landes im Jahre 1969 noch zu verstärken.

"Mann der ersten Stunde"

Otto Bennemann zum 65. Geburtstag

so - Zwei Auszeichnungen, die dem aufrechten Demokraten Otto Bennemann an seinem heutigen 65. Geburtstag zuteil werden, kennzeichnen zugleich den Rang seiner Verdienste wie die Stätten seines Wirkens. Die Stadt Braunschweig verleiht heute ihrem ehemaligen Oberbürgermeister die Ehrenbürgerrechte, das Land Niedersachsen ehrt seinen langjährigen Innenminister mit seiner höchsten Auszeichnung, der Landesmedaille.

Otto Bennemann, der am 27. September in Braunschweig geboren wurde, wuchs in einer Umgebung auf, die von Sozialdemokraten geprägt war. Schon als Kind nahmen ihn seine Eltern zur Maifeier mit. In dieser Tradition trat er 1923 der SPD bei. Nach 1933 blieb er der Sozialdemokratie treu und leistete den Nationalsozialisten Widerstand. Der Verfolgung durch die Gestapo konnte er sich nur durch die Emigration über die Schweiz nach England entziehen.

Nach dem Kriege war Otto Bennemann einer der "Männer der ersten Stunde". An dem Tag, als die Besetzung Braunschweigs durch die Alliierten im englischen Rundfunk bekanntgegeben wurde, fuhr er in Richtung Heimat ab, um mitzuhelfen, ein geordnetes und freiheitliches Staatswesen aufzubauen. Bereits ein Jahr nach seiner Rückkehr wählte die SPD ihn zu ihrem Bezirksvorsitzenden und Ratsherrn. Ein Jahr später war Bennemann Oberbürgermeister seiner Heimatstadt. Dieses Amt bekleidete er mit kurzen Unterbrechungen elf Jahre lang bis zu seiner Berufung in das Kabinett des damaligen Ministerpräsidenten Heinrich Wilhelm Kopf. Bis 1967 führte Otto Bennemann dann das Innenministerium in Hannover.

Der Sozialdemokrat Bennemann hat wie nur wenige die politische Entwicklung Niedersachsens an entscheidender Stelle mitgeprägt und mitgeformt. Weiten Bereichen des öffentlichen Lebens gab er Richtung, Form und Inhalt. Zu den wichtigsten Gesetzen, die von ihm initiiert wurden, gehört das Gesetz über den Großraum Hannover. Mit dem Großraum Hannover wurde eine neue Form kommunalen Zusammenwirkens geschaffen, die den Anforderungen unseres technisierten und industrialisierten Zeitalters Rechnung trägt, ohne daß dabei der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung aufgegeben wird. Ebenso sind die Anfänge einer Gebiets- und Verwaltungsreform sowie der Landesplanung und Raumordnung in Niedersachsen entscheidend von Otto Bennemann mitgeprägt worden.

Fest zu seinen Grundsätzen stehend, ist Otto Bennemann ein Politiker, der durch seine Sachlichkeit und seine kühle Distanz besticht. Nichts Barbares oder Joviales ist an diesem Mann, der, hoch geachtet und verehrt von allen, die ihn kennen, stets ein bescheidener Mensch geblieben ist.

+ + +

Werner Schumann - 70 Jahre

Lyriker, Erzähler, Essayist und Journalist

Von Peter Raunau

Am 2. Oktober wird Werner Schumann 70 Jahre alt. Der in der Mark Brandenburg Geborene lebt seit 40 Jahren in Hannover. Lyriker, Erzähler, Essayist, Journalist und Herausgeber kann dieser Autor auf ein reiches und vielgestaltiges Wirken zurückblicken, das ihm eine große und treue Lesergemeinde, daneben aber auch hohe äußere Auszeichnungen eingebracht hat.

Einige äußere Lebensdaten: Sohn eines Buchdruckereibesitzers und Zeitungsverlegers in Soldin in Ost-Brandenburg, dann Journalist und Dramaturg in Bethen, Halle und Mühlhausen. Seit 1930 in Hannover als Schriftsteller, freier Journalist und Feuilletonredakteur, u.a. Leiter des Feuilletons des Sozialdemokratischen Pressedienstes von 1946 bis 1960, ständiger Mitarbeiter einer großen Anzahl angesehener Tageszeitungen und Zeitschriften im Bundesgebiet. Als erster hannoverscher Schriftsteller erhielt Schumann 1959 vom Bundespräsidenten Professor Heuss das Bundesverdienstkreuz verliehen, sowohl für seine literarische Tätigkeit wie für sein organisatorisches Bemühen um größere geistige und materielle Anerkennung des Schriftstellerberufes. Er war Mitbegründer und viele Jahre Vorsitzender des Schutzverbandes Niedersächsischer Schriftsteller. Seit 1962 gehört er dem Pen-Zentrum in der Bundesrepublik an.

Man sieht Schumann wohl richtig, wenn man seine Leistung als feinsinniger Lyriker und als Schriftsteller von hoher Sprachkultur und gleichzeitig stärkstem inneren Hingegebensein, besonders an alle sozialen Probleme, in den Mittelpunkt rückt. Mit seinem Namen verbindet man zunächst die von ihm herausgegebenen und erläuterten verschiedenen Bände über Käthe Kollwitz und Heinrich Zille. Daneben hat er sich als kritischer Beobachter aller wesentlichen kulturellen Vorgänge wie auch als lebenswürdiger und kenntnisreicher Schilderer von Landschaften und Städten einen Namen gemacht. Sein Werk umfaßt heute über zwanzig Titel (neben seiner umfangreichen durch Jahrzehnte geleistete journalistische und publizistische Arbeit). Außerdem kommen hinzu Anthologien, Almanache und Jahrbücher.

Eine Art zurückhaltender Eindringlichkeit in dem, was er mitteilen will, äußerste Sorgfalt im Umgang mit der Sprache, Sinn für dramatisch hintergründige Situationen (hier sei nur an seine Erzählung "Stellvertreter" erinnert), aber auch ein schmunzelnder und sehr behutsamer Humor zeichnen ihn aus. In vielen Jahren hat er außerdem mit seinen Lesungen immer wieder ernste Nachdenklichkeit ebenso wie Freude und Frohsinn in die niedersächsischen Lande hinausgetragen.

+ + +